



# Bericht zur Gemeinderatssitzung 11.02.2025



Michael Eich



Michael Stephany



Rüdiger Klein



Christian Jovino



Martin Traub



**CDU Fraktion im Ortsgemeinderat Berg**

## Die Berger CDU-Gemeinderatsfraktion informiert zur Gemeinderatssitzung vom 11.02.2025

Der Gemeinderat hat sich diese Mal mit folgenden Themen befasst:



- **Dringlicher Antrag der CDU – Spende Klavier**
- **Haushaltsplan 2025-2026** (*Ausführliche Bewertung der Haushaltslage durch die CDU Fraktion*)
- **Neuvergabe Rahmenvereinbarung E-Check – Ermächtigung für die Auftragsvergabe**
- **Erneut abgehängte CDU-Wahlplakate ohne rechtliche Grundlage + Weitere Irritationen**
- **Informationen über aktuelle Angelegenheiten, Einwohnerfragen (spätestens 21:00 Uhr), Sonstiges,**

Ausführlich darüber können sich die Bürgerinnen und Bürger über die Sitzungsniederschrift informieren, wenn diese im Bürgerinformationssystem ALLRIS hinterlegt ist ([www.hagenbach.sitzung-online.de](http://www.hagenbach.sitzung-online.de)).

Vorab möchte Sie die CDU-Gemeinderatsfraktion über wichtige Sitzungsinhalte und Positionen der CDU-Fraktion informieren.

### **Für Sie im Gemeinderat:**

Michael Eich (Fraktionssprecher), Michael Stephany, Rüdiger Klein, Christian Jovino und Martin Traub

Weitere Infos finden Sie auch immer unter:

Homepage:



[www.cduberg.de](http://www.cduberg.de)

Facebook:



[www.facebook.com/cduberg/](http://www.facebook.com/cduberg/)

Instagram:



[@CDU\\_BERG](https://www.instagram.com/@CDU_BERG)

**Abo des WhatsApp-Kanals:  
Unser Berg (Infokanal der CDU)**



→ [Link dazu](#) ←

<https://whatsapp.com/channel/0029VaXadfd65yDGaDvW9J2a>

## Dringlicher Antrag der CDU – Spende eines Klaviers

Die CDU-Fraktion erfuhr durch mehrere Einwohner, dass ein Bürger bereits seit längerer Zeit eine **Sachspende in Form eines Klaviers** für einen sozialen Zweck an die Gemeinde – bevorzugt Seniorenteam – zukommen lassen möchte. Das Klavier könnte im Anbau der Gemeinschaftshalle untergebracht werden. Der Wert eines Klaviers liegt je nach Zustand im Bereich von vierstelligen Euro-Beträgen.

**Dem Gemeinderat lagen dazu bisher keinerlei Informationen vor.**

Nach unseren Informationen soll Ortsbürgermeisterin Sabine Gerhart die **Spende zurückgewiesen** haben, weil sie **kein** Klavier im Anbau der Gemeinschaftshalle unterbringen wolle. Über die Annahme oder Ablehnung von Spenden befindet allerdings nach Gemeindeordnung **einzig der Gemeinderat** und **NICHT** die Ortsbürgermeisterin oder ein von ihr definiertes Team in einer einsamen Entscheidung.

Die Ortsbürgermeisterin wies zurück, dass ihr das Klavier als Spende angeboten wurde. Es wäre nur allgemein darüber mit ihr gesprochen worden und sie hätte mit Ihrem Team abgestimmt, dass dieses aus Platzgründen nicht im Anbau der Gemeinschaftshalle untergebracht werden kann. Eine Begegnung mit dem potentiellen Spender hätte es nicht gegeben. Es gab also scheinbar eine Abstimmung zur Ablehnung des Standorts ohne die Kenntnis einer zugehörigen Spende?

Im Übrigen wollten sich viele Gemeinderäte ohne weitere Informationen **NICHT** der Auffassung der Ortsbürgermeisterin anschließen, im Anbau gäbe es keinen Platz für ein Klavier. Es wurde auch **nochmals** von uns klargestellt, dass **sowohl** eine **Entscheidung** über die Annahme oder Ablehnung der Klavierspende **als auch einer etwaigen Platzierung** des Klaviers **nur der Gemeinderat** treffen darf.

Der Gemeinderat beschloss deshalb, dass sich die Ortsbürgermeisterin mit dem Spender des Klaviers in Verbindung setzt und dann in der nächsten Gemeinderatssitzung über das Spendenangebot befunden wird.



Bild von [Mabel Amber, who will one day](#) auf [Pixabay](#)

## Neuvergabe der Rahmenvereinbarung E-Check – Ermächtigung für die Auftragsvergabe

Bereits am 10.01.2023 hatten die die Ortsgemeinden Berg, Neuburg und Scheibenhardt sowie die Stadt Hagenbach und die Verbandsgemeinde Hagenbach den Auftrag für die Rahmenvereinbarung für die **Elektroprüfung (E-Check)** an eine Firma aus Worms vergeben.



Bild von [Michal Jarmoluk](#) auf [Pixabay](#)

Diese hatte damals die anderen Anbieter auffallend abweichend unterboten. Jetzt teilte diese Firma der Verbandsgemeinde mit, dass die damals vertraglich vereinbarten Preise **nicht mehr zu halten sind**. Eine Anpassung von Preisen in einer Rahmenvereinbarung während der Vertragslaufzeit, teilte uns die Verbandsgemeindeverwaltung mit, ist grundsätzlich nicht möglich, da sie beiden Vertragsparteien Planungssicherheit bieten und die Transparenz sowie Gleichbehandlung sicherstellen sollen. Zumal die **Preisanpassung mehr als 50%** des ursprünglichen Auftragswertes betragen sollte.

Aus diesem Grund **ermächtigte** der Gemeinderat Berg Ortsbürgermeisterin Sabine Gerhart gemeinsam mit den Bürgermeistern der Ortsgemeinden Neuburg und Scheibenhardt sowie der Stadt Hagenbach und mit der Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Hagenbach zur Vergabe in der Folge einer Neuausschreibung der Rahmenvereinbarung für den E-Check an den wirtschaftlichsten Bieter.

## Erneut abgehängte CDU-Plakate ohne rechtliche Grundlage – (eine Schilderung aus der Wirklichkeit in Berg) (1/2)

**Erneut** hat die Ortsbürgermeisterin CDU-Plakate abhängen lassen, **OHNE** uns zu informieren und ohne vorliegende Rechtsgrundlage. Auf Nachfrage wurde uns mitgeteilt, dass wir durch Blumenbeete hätten gehen müssen, um unsere Plakate an Bäumen am „Stachus“ anzubringen - dies werde aber nicht mehr akzeptiert. Da wir nicht in Blumenbeete getreten waren, überzeugte uns diese Rückmeldung nicht und wir hakten erneut nach.

Jetzt fand man einen anderen Grund, dass **grundsätzlich keine Plakate** mehr an Bäumen angebracht werden dürfen. Allerdings existiert hierfür weder eine gesetzliche Regelung, noch ist das in einer Gemeindefassung als Vorgabe definiert.

Zudem hingen an diesen Stellen **seit Jahrzehnten** Plakate unterschiedlichster Parteien.

Bereits bei der letztjährigen Kommunalwahl wurden etliche CDU Plakate ohne Unterrichtung / Erläuterung abgehängt und uns zudem erst nach Anfrage ausgehändigt.

Unter Anderem deshalb hatte die CDU-Fraktion nach der Kommunalwahl vorgeschlagen, dass **kritische Fälle** z. B. im Kreis der Fraktionsvorsitzenden besprochen / geklärt werden sollten. Offensichtlich will die Ortsführung diesem Vorgehen scheinbar (zumindest im Falle von **CDU-Plakaten**) nicht folgen.

**Soweit, so unspektakulär - die Sachlage wird nun aber an anderer Stelle interessant:**

**Seit November 2023 (!)** ist in einer Satzung eine maximale Anzahl der aufhängbaren Plakate geregelt: **„Der Ortsgemeinderat begrenzt die Plakatwerbung... auf 20 Stück“ (§ 6)**. Damals herrschte im Gemeinderat Konsens darüber, dass diese Begrenzung auch für Zeiten des Wahlkampfes und damit für alle Parteien gilt.



Bild: KI-generiert

## Erneut abgehängte CDU-Wahlplakate ohne rechtliche Grundlage – (eine Schilderung aus der Wirklichkeit in Berg) (2/2)

...Die CDU-Fraktion hält diese Regelung seit dem Beschluss vom Nov. 2023 **immer** ein – andere Parteien hielten sich bereits bei der Kommunalwahl 2024 nicht daran. Sei es drum – wir hatten uns bisher dazu nicht weiter geäußert.

Beim aktuellen Bundestagswahlkampf war nun aber für **JEDEN** in Berg sichtbar, dass eine Partei eine weit über die satzungskonforme Maximalmenge hinausgehende Intensiv-Plakatierung vorgenommen hat.

...Auch dabei hätten wir über einen Beschwerdeanlass hinweg gesehen, **ABER** ...



Bild: KI-generiert

Wenn unsere Plakate **ERNEUT** und **OHNE eine Rechtsgrundlage** abgehängt werden, warum **duldet** die Ortsführung dann bei **anderen Parteien** gleichzeitig sogar **Verstöße gegen eine Satzung** des Gemeinderats?

**Das konnten wir dann leider als Ungleichbehandlung nicht mehr unkommentiert so stehen lassen.**

Die Ortsführung und die Parteiverantwortlichen wurden daher mehrfach von uns darüber informiert und erinnert mit einer Bitte um Regulierung. Trotzdem wurde leider erst nach über 16 Tagen und einer weiteren, „letztmaligen“ Erinnerung dann endlich zaghaft mit einer Reduzierung begonnen – durch die Partei selbst.

Weitere erläuternde Details wurden im Gemeinderat dann aber auch nicht weitergehend oder tiefer verfolgt.

Immerhin konnten sich aber alle Fraktionen unserem CDU-Vorschlag anschließen, dass jetzt **nochmals** die eigentlich schon existierenden Regelungen in Erinnerung gerufen und mehr konkretisiert werden. Diese sollten dann aber hoffentlich endlich auch für **ALLE** gleichermaßen gültig und **verpflichtend** sein.

# Einordnung und Erläuterung zum Haushaltsplan 2025/2026 (S. 1/11)

Unsere Gemeinde steht vor großen finanziellen Herausforderungen, da in den nächsten Jahren mehrere Investitionen anstehen, die unsere Verschuldung exorbitant ansteigen lässt. Das bedroht zukünftige Investitionen, wenn das Geld fehlt, um z. B. Zinsen und Tilgung für Kredite zur Finanzierung des gemeindeeigenen Anteils bei der Erneuerung von Ortsstraßen zu stemmen. Uns geht als Gemeinde bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen mittelfristig in den nächsten fünf bis zehn Jahren die finanzielle Luft aus.



## Überblick zu den zentralen Investitionsvorhaben

- Sanierung Gemeinde-Wohnhäuser Waldstraße: ca. 715.000 Euro
- KiTa-Sanierung und Erweiterung: ca. 2.500.000 Euro
- Erschließung Kröningsbusch: ca. 1.740.000 Euro
- Ausbau Ortsstraßen Reisig- (1. BA) und Kettelerstraße: (2. BA) 3.200.000 Euro
- Dachsanierung Gemeinschaftshalle: ca. 330.000 Euro

*Quelle: Haushaltssatzung 2025-2026 (VO/2024/3267)*

**Aufgrund dieser kritischen Situation beleuchten wir etwas ausführlicher für alle Interessierten die Finanzlage von Berg unter den folgenden Gesichtspunkten:**

- **Selbstverursachte und externe Faktoren für Finanzsituation**
- **Rheinland-Pfälzische Ampelregierung stattet Kommunen finanziell unzureichend aus**
- **Der Kommunale Entschuldungsfonds hilft nicht**
- **Land und Bund tragen zur finanziellen Belastung bei**
- **Überalterung der Berger Bevölkerung**
- **Abschließende Stellungnahme der CDU-Fraktion im Gemeinderat**

# Einordnung und Erläuterung zum Haushaltsplan 2025/2026 (S. 2/11)

## Selbstverursachte und externe Faktoren für Finanzsituation

Zwar werden Förderprogramme genutzt und über Umlagen erfolgt ebenfalls ein finanzieller Ausgleich, letztlich können diese Maßnahmen das immer tiefere Abrutschen der Gemeinde Berg nicht aufhalten.

Die CDU-Fraktion hatte diese Entwicklung seit Langem kommen sehen, deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, das Überangebot an gemeindeeigenem Wohnraum rechtzeitig durch den Verkauf des kleineren Wohnhauses abzubauen.



Bild von [Darko Djurin](#) auf [Pixabay](#)

In der damaligen Bauhochphase hätten wir für diese Immobilie einen guten Preis erzielen können. Der Gemeinderat hat leider kurzfristig mehrheitlich anders entschieden, jetzt sind auch hier Investitionen zur Erhaltung der Bausubstanz unvermeidbar. Derzeit macht ein Verkauf wirtschaftlich keinen Sinn.

Neben diesen selbstverursachten Kostensteigerungen sind aber vor allem externe Faktoren für unsere finanzielle Schieflage verantwortlich

## Einordnung und Erläuterung zum Haushaltsplan 2025/2026 (S. 3/11)

### Rheinland-Pfälzische Ampelregierung stattet die Kommunen finanziell unzureichend aus

Das Land Rheinland-Pfalz steht schon seit Längerem in der Kritik, die **Kommunen nicht adäquat finanziell auszustatten**. Aber erst nachdem der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz das rheinland-pfälzische Finanzierungsmodell 2020 als verfassungswidrig einordnete, reagierte die von der SPD geführte Ampelregierung.

Das neue Finanzierungsmodell berücksichtigte stärker die Kosten der kommunalen Aufgaben sowie die kommunalen Erträge. Die Opposition, zu der auch die CDU gehört, sowie die Kommunalverbände kritisierten von Anfang an, dass auch das neue Modell zu **keiner substantiellen Verbesserung** bei der Finanzausstattung führt.

Diese Kritik war berechtigt: *„Die Kommunen beklagen, dass das Geld vom Land auch im neuen Finanzierungsmodell bei Weitem nicht reiche. Die jüngsten Zahlen des Landesrechnungshofs bestätigen diese Entwicklung.“*

*Demnach sind die **Einnahmen** der Kommunen 2023 insgesamt um **1,8 Prozent** gestiegen. Die **Ausgaben** dagegen sind um **10,1 Prozent gestiegen** – also um mehr als das fünffache“*

(Quelle: <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/faq-finanzen-kommunen-rlp-darum-geht-es-den-staedten-und-gemeinden-so-schlecht-100.html#Finanzierungsmodell>).



Bild von [Darko Djurin](#) auf [Pixabay](#)

# Einordnung und Erläuterung zum Haushaltsplan 2025/2026 (S. 4/11)

## Der Kommunale Entschuldungsfonds hilft nicht (1/2)

Der Kommunale Entschuldungsfonds des Landes Rheinland-Pfalz, an dem auch die Berg teilnimmt, trägt nicht dazu bei, dass sich die finanzielle Situation verbessert.

Als Gemeinde erhalten wir 354.496 € aus diesem Entschuldungsfond, was angesichts der Summe der aufgezeigten Investitionsanfordernisse (ca. 8.485.000 Euro) augenfällig viel zu wenig ist.

Das liegt unter anderem daran, dass für die Entschuldung nur die zum Stichtag 31. Dezember 2020 vorhandenen Liquiditätskredite berücksichtigt wurden. Damals stand die Gemeinde gut da. Jetzt stehen allerdings unaufschiebbare Investitionen an.

Durch die vertragliche Pflicht zur Tilgung der alten Liquiditätskredite sind weitere Mittel von 74.939 € pro Jahr bis 2028 gebunden (siehe Haushaltsplan 2025-2026, S. 37).

**Wir nehmen zwar am Entschuldungsfonds teil, rutschen aber immer tiefer in die Verschuldung.**



Bild von [Darko Djurin](#) auf [Pixabay](#)

# Einordnung und Erläuterung zum Haushaltsplan 2025/2026 (S. 5/11)

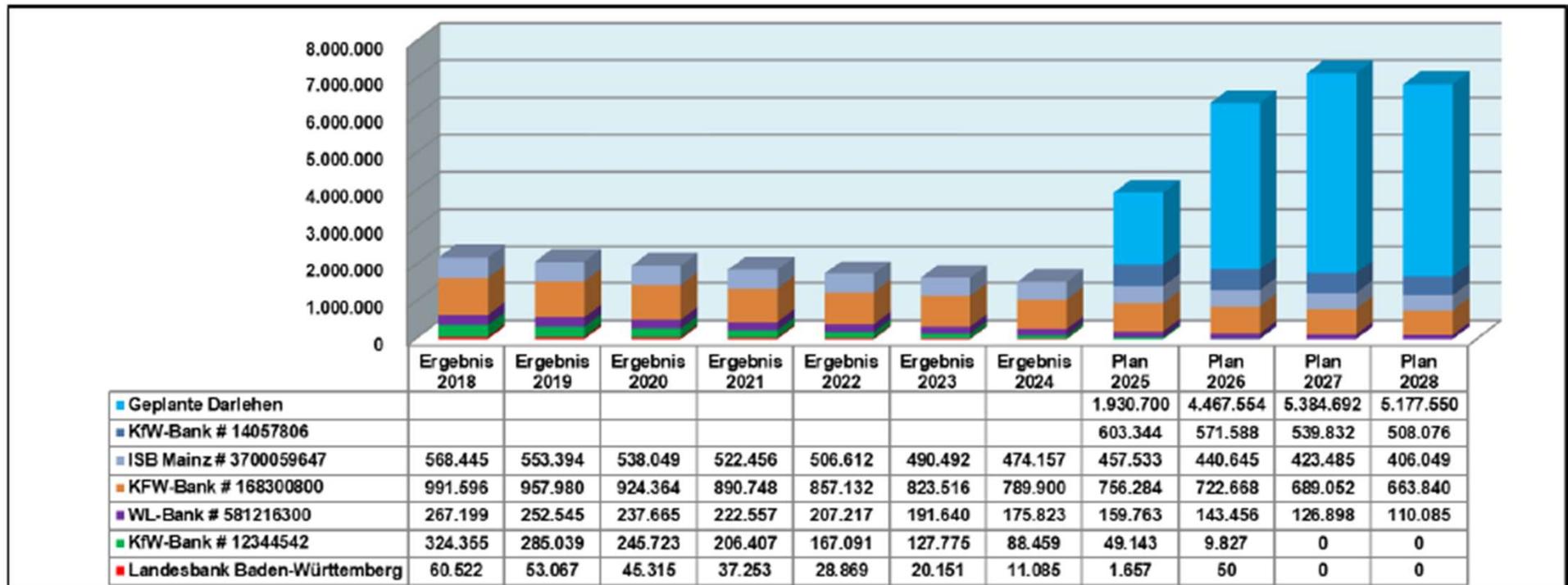
## Der Kommunale Entschuldungsfonds hilft nicht (2/2)

### 2.4. Entwicklung der Kredite

#### Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen

	Ergebnis 2018	Ergebnis 2019	Ergebnis 2020	Ergebnis 2021	Ergebnis 2022	Ergebnis 2023	Ergebnis 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
Gesamtsumme	2.212.117	2.102.025	1.991.116	1.879.421	1.766.921	1.653.574	1.539.424	3.958.424	6.355.788	7.163.959	6.865.600

#### 2.4.1 Entwicklung der Investitionskredite



# Einordnung und Erläuterung zum Haushaltsplan 2025/2026 (S. 6/11)

## Land und Bund tragen zur finanziellen Belastung bei (1/2)

Das Land Rheinland-Pfalz wie auch der Bund sorgen mit der Übertragung zusätzlicher Ausgaben und mit zusätzlichen bürokratischen Vorschriften für zusätzliche Kosten für die Ortsgemeinden, die Städte, die Verbandsgemeinden und Landkreise.

Neben direkten finanziellen Auswirkungen durch neue Gesetze wie das KiTa-Gesetz für die Gemeinde, wirkt sich auch die Belastungen der Verbandsgemeinden und Kreise finanziell negativ auf die Ortsgemeinden aus.

Die zusätzlichen rechtlichen Bestimmungen (z. B. beim Datenschutz, bei der Beantragung von Fördergeldern, oder beim Baurecht) erfordern einen personellen Aufwuchs, was die Personalkosten nach oben treibt.

Daneben verursachen andere Aufgaben, denen die Kommunen nachkommen müssen, zusätzliche Kosten, z. B. die Bewältigung der Migration.

Aus diesem Grund sind die Umlagen – also jene Gelder, die die Ortsgemeinden an den Landkreis und an die Verbandsgemeinde abführen müssen – in den letzten Jahren dramatisch gestiegen und belasten unseren eigenen Haushalt.

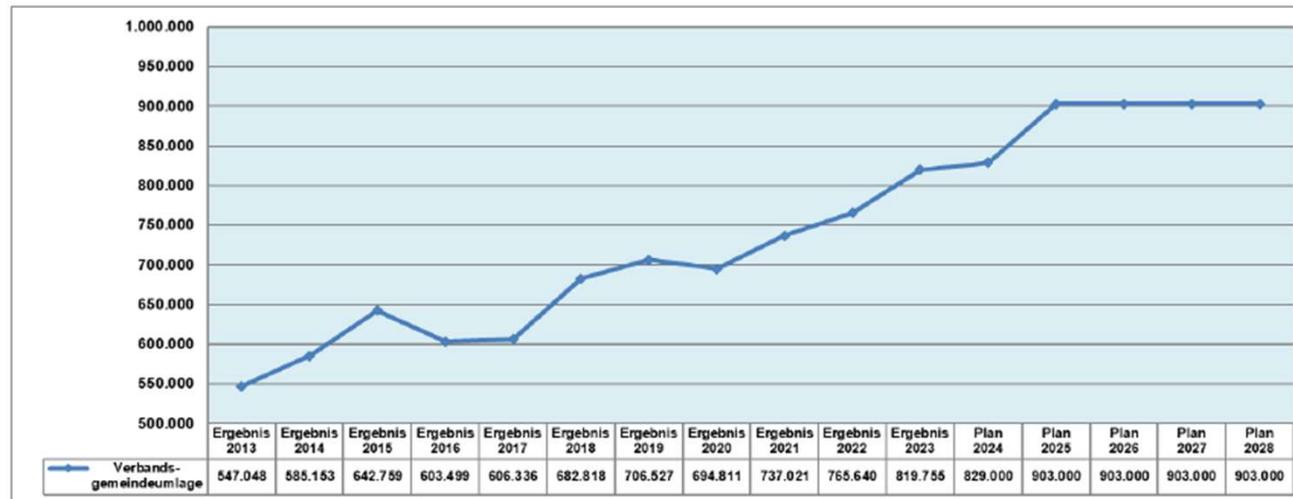


Bild von [Darko Djurin](#) auf [Pixabay](#)

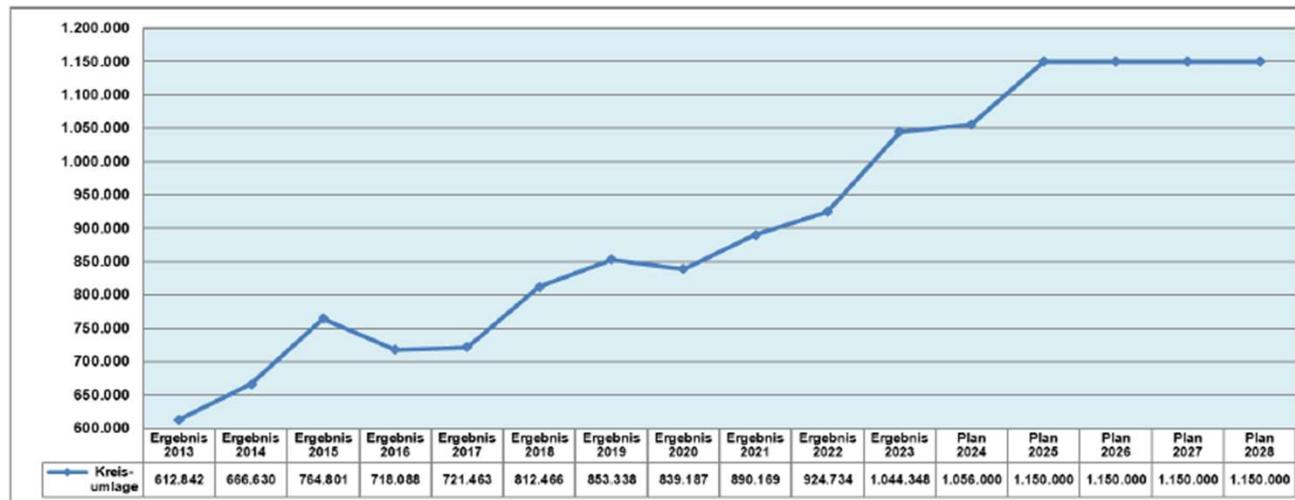
# Einordnung und Erläuterung zum Haushaltsplan 2025/2026 (S. 7/11)

## Land und Bund tragen zur finanziellen Belastung bei (2/2)

2.8.2 Entwicklung der Verbandsgemeindeumlage



2.8.3 Entwicklung der Kreisumlage



# Einordnung und Erläuterung zum Haushaltsplan 2025/2026 (S. 8/11)

## Überalterung der Berger Bevölkerung (1/2)

Erschwerend hinzukommt, dass unsere Erträge als Gemeinde zurückgehen, weil unsere Bevölkerung abnimmt. Unser Eigenkapital sinkt von 9.298.457 € im Jahr 2022 auf 7.113.772 € im Jahr 2028.

Das schmälert unsere Einnahmen erheblich. Die Gemeinde finanziert sich hauptsächlich durch Grundsteuern, Gewerbesteuern und Gemeindeanteilen an den Einkommens- und Umsatzsteuern.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gehört zu den bedeutendsten Finanzquellen unseres Ortes. Da immer mehr Bergerinnen und Berger als Rentner und Pensionäre aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, verringert sich diese Einnahmequelle.

Inzwischen ist der Anteil der Rentner und Pensionäre höher als der Anteil der Berufstätigen in unserem Ort. Die Grundsteuern oder Gewerbesteuern zu erhöhen, ist nicht der richtige Ansatz, weil wir unsere Bürgerinnen und Bürger sowie unsere ortsansässigen Betriebe nicht über Gebühr belasten wollen.



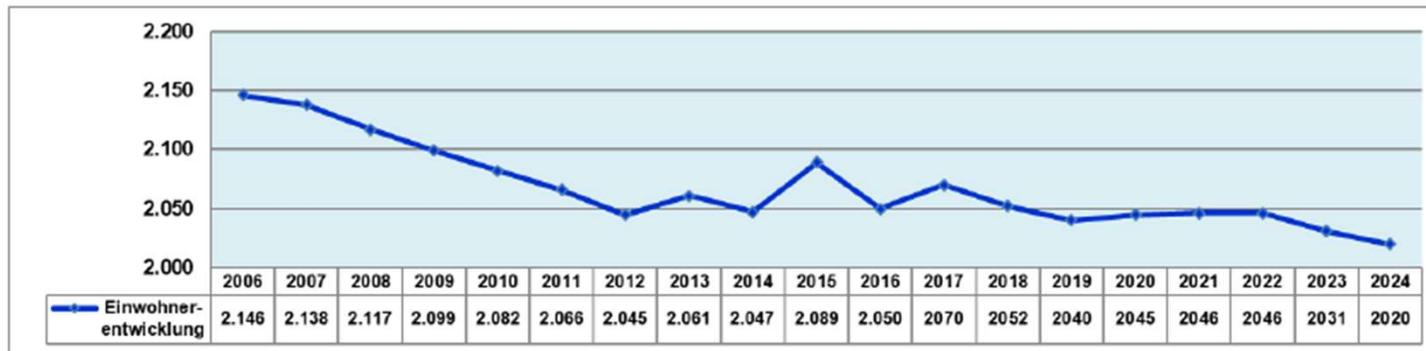
Bild von beauty\_of\_nature auf Pixabay

# Einordnung und Erläuterung zum Haushaltsplan 2025/2026 (S. 9/11)

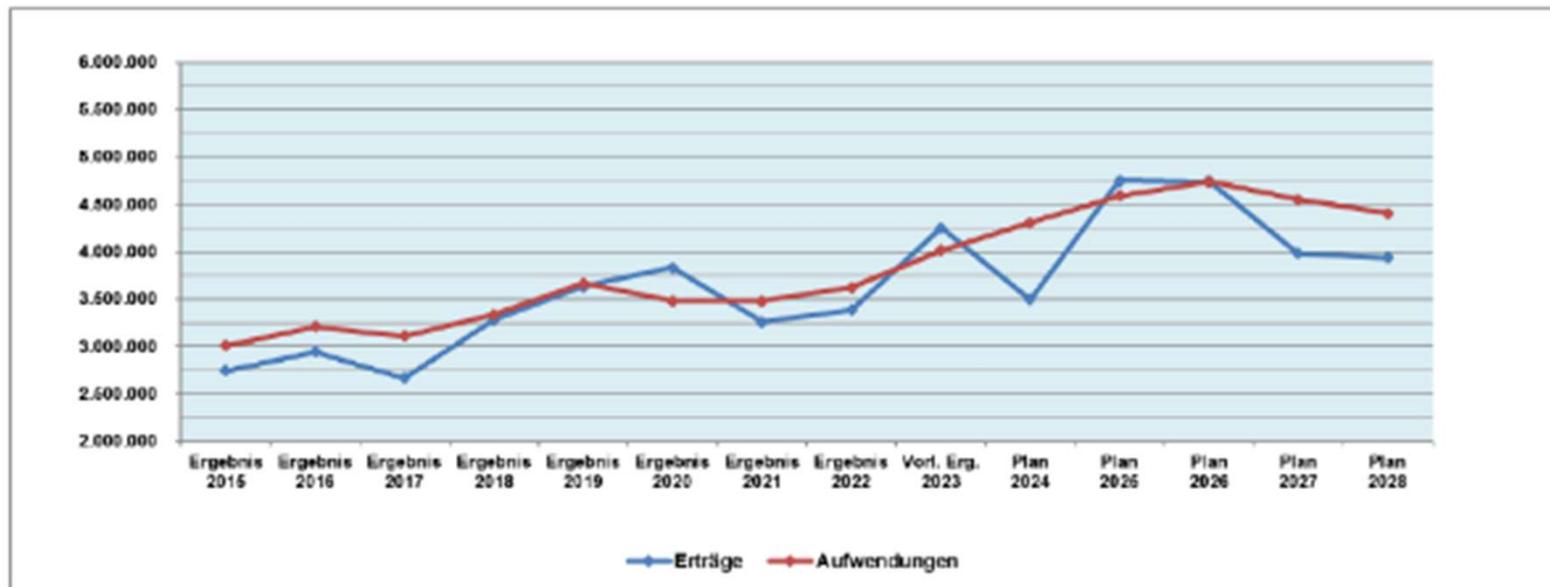
## Überalterung der Berger Bevölkerung (2/2)

### 2.7. Statistische Daten

Entwicklung Einwohnerzahlen - Personen mit Hauptwohnsitz zum 31.12.



Entwicklung der Erträge und Aufwendungen



# Einordnung und Erläuterung zum Haushaltsplan 2025/2026 (S. 10/11)

## Stellungnahme der CDU-Fraktion im Gemeinderat (1/2)

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Michael Eich bezog zur finanziellen Situation in der Sitzung umfassend Stellung und stellte Zahlen gegenüber:

Entwicklung Ausgaben	2024	2028	Differenz
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	1.539.424 €	6.865.600 €	+ 5.3 Mio € (+ 346 %)
Summe Schulden	5.060.196 €	11.503.972 €	+ 6.4 Mio € (+ 127 %)
Schulden/Einwohner	2.505 €	5.695 €	+ 3.190 € (+ 127 %)

Die Entwicklung der Finanzen ist dramatisch und kann ohne wirksame Unterstützungsmaßnahmen durch Bund und Länder nicht bewältigt werden. Werden Bund und Land nicht aktiv, dann droht unserer Gemeinde in einigen Jahren der Stillstand.

Daneben muss die Gemeinde Berg **selbst deutlich aktiver** werden, um die Einkommensseite zu verbessern. Die Neubaugebiete „Kröningsbusch“ und „Südlich der Schule“ müssen zügig vorangetrieben werden, um jungen Menschen attraktiven Wohnraum zu bieten und sie damit im Ort zu halten. Unsere Mehrgenerationenprojekt „Südlich der Schule“ soll u. a. älteren Menschen seniorengerechtes Wohnen ermöglichen. Wir erhoffen uns den positiven Effekt, dass dadurch Wohnhäuser an die nächste Generation junger Familien übergeben bzw. verkauft werden...

## Einordnung und Erläuterung zum Haushaltsplan 2025/2026 (S. 11/11)

### Stellungnahme der CDU-Fraktion im Gemeinderat (2/2)

...Statt Maschinen selbst als Gemeinde anzuschaffen, die nur im begrenzten Umfang benötigt werden, gilt es vertraglich Kooperationen mit hiesigen Landwirten und ortsansässigen Firmen (z. B. bei Hochwasserschutz) einzugehen, sodass diese uns als Gemeinde zu bestimmten Zeiten, oder bei bestimmten Ereignissen mit ihren Maschinen bzw. Gerätschaften unterstützen.



Bild von [Darko Djurin](#) auf [Pixabay](#)

Wir müssen die Zivilgesellschaft auf freiwilliger Basis stärker einbeziehen, wenn es beispielsweise um die Aufwertung unserer Kinderspielplätze geht.

Miet- und Pachteinahmen müssen an die Kostenlage angepasst werden. Die Mieten unserer gemeindeeigenen Wohnungen müssen sozialverträglich erhöht werden.

**Vollständig unverständlich** ist für uns als CDU-Fraktion, warum **seit Wochen und Monaten** der Pachtvertrag zur Nutzung des Zollpavillons nicht vorliegt.

Uns entgehen Pachteinahmen und dem potenziellen zukünftigen Pächter entgeht das Frühjahrs- und vermutlich auch das noch bedeutendere Sommergeschäft.



## Informationen zu aktuellen Angelegenheiten

### Sanierungsmaßnahme Kettelerstraße:

Die Baumaßnahmen haben begonnen und kommen gut voran. Die CDU-Fraktion informierte, dass die Pfalzwerke diese Gelegenheit nutzen, um Stromleitungen unter der Straße zu verlegen. Bei einem Haushalt weigerten sich die Pfalzwerke nach unseren Informationen, den Stromkasten im Haus anzubinden, da hier umfangreiche Bohrmaßnahmen erfolgen müssten. Die betroffenen Eigentümer sollten sich selbst kümmern. Die angefragten Elektriker verwiesen aber auf die Verpflichtung der Pfalzwerke das selbst zu tun. Sabine Gerhart sagte zu, dass sie diesbezüglich mit den Pfalzwerken Kontakt aufnehmen werde.

**Die CDU verwies darauf, dass durch die Baumaßnahmen der Zugang zum Wahllokal in der Turnhalle der Grundschule erschwert sein könnte. Hier muss die Bevölkerung rechtzeitig informiert werden.**

---

### „Globus“-Werbung:

Der Baumarkt Globus möchte auf unserer Gemarkung in der Höhe des Kreisels bei Neulauterburg erneut eine Werbe-Schild aufstellen. Die CDU-Fraktion mahnte an - entgegen dem letzten Mal - dieses Mal sowohl genau festzulegen, wie lange der Werbezeitraum andauere als auch marktgerechte Preise hierfür zu verlangen. Die Verbandsgemeindeverwaltung solle mit der Klärung befasst werden. Bei der letzten Globus-Werbe-Aktion hatte sich die Gemeinde viel zu günstig „abspeisen“ lassen und zudem musste der gemeinde-eigene Bauhof das Banner dann auch selbst demontieren, nachdem der Baumarkt diesbezüglichen Aufforderungen nicht nachkam.

Wie bereits vor Jahren schon einmal, hat die CDU-Fraktion erneut durch Martin Traub eine Übersicht und Links im Internet zu aktuellen Vermarktern für derartige Werbung zur Verfügung gestellt, aus denen die gängigen Preise hervorgehen.

---

### Glasfaser-Ausbau:

Ende Februar werden nach der Winterpause die Arbeiten wieder aufgenommen.

# Einwohnerfragen

## Elektroladesäule im Gewerbegebiet:

Ein Berger Bürger forderte Sabine Gerhart dazu auf, noch einmal auf die Drogerie- und Supermarktbetreiber im Gewerbegebiet zuzugehen, um diese zu Errichtung von Elektroladesäulen auf ihren Parkplätzen zu animieren. Eine erste Initiative der Gemeinde wurde vor einigen Jahren negativ beschieden. Die Ortsbürgermeisterin sagte zu, die Geschäfte anzuschreiben.



## Öffentlicher Bücherschrank:

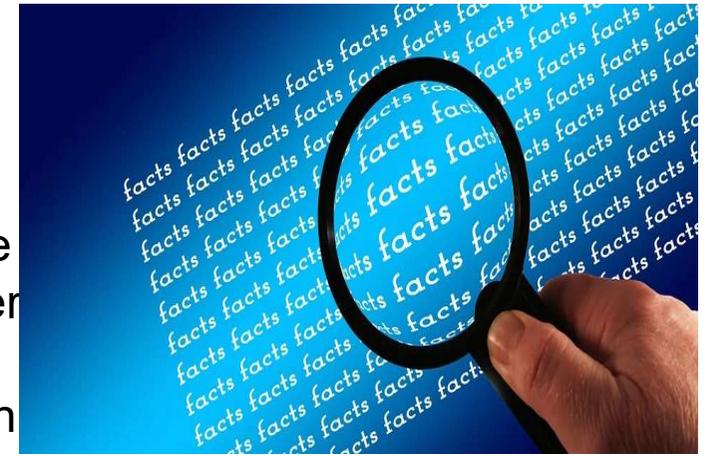
Auf Anregung eines Bürgers wird sich der Gemeinderat bei seiner nächsten Sitzung mit der Einrichtung eines Öffentlichen Bücherschranks befassen. Bürgerinnen und Bürger können hier gebrauchte Bücher kostenlos zur Verfügung stellen, oder zum Lesen mitnehmen.

Unser CDU Fraktionsmitglied Rüdiger Klein hat in der Gemeinderatssitzung bereits angeboten einen Schrank für dieses lobenswerte Projekt zur Verfügung stellen zu wollen.

## Sonstiges / Nachgehakt

### CDU fragt nach: Gefahrenstelle bei der Bäckerei:

Die CDU-Fraktion monierte, dass das Loch am Gehweg bei der Bäckerei Stehle nach wie vor noch nicht verfüllt wurde. Die Gasse neben der Bäckerei wird wegen der Straßensanierung der Kettelerstraße bei der Bundestagswahl stärker frequentiert werden. Bis dahin sollte die Gefahrenstelle aus unserer Sicht beseitigt sein



---

### Mobilität im ländlichen Raum:

Die Grünen laden zu diesem Thema zu einer Informationsveranstaltung ein (18.02.2025 um 19:00 Uhr im Anbau der Gemeinschaftshalle).

---

### CDU fragt nach: Verkehrsmessungen im Ort:

Bereits in den Sitzungen im letzten Spätjahr hatte die CDU-Fraktion angeregt die mobilen Geschwindigkeits-messanlagen in der Reisingstraße zu positionieren. Dadurch will man entsprechende Messergebnisse erhalten, um im Anschluss fundierte Entscheidungen treffen zu können. Erneut wies die CDU-Fraktion darauf hin, dass die Messanlagen zum Teil wochenlang außer Betrieb sind und somit keine Aufzeichnungen erstellt werden, was das eigentliche Ziel verfehlt.

Der Bauhof werde sich kümmern, kündigte die Bürgermeisterin an. Die bisher erstellten Messungen will die Ortsbürgermeisterin den Ratsmitgliedern in den folgenden Tagen zur Durchsicht zukommen lassen